

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Fragwürdige Beschäftigungseffekte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1981) : Fragwürdige Beschäftigungseffekte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 2, pp. 54-55

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135522>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Fragwürdige Beschäftigungseffekte

Wenn in der Öffentlichkeit über die Vorteile und Nachteile von politischen Maßnahmen gestritten wird, tauchen in der Diskussion regelmäßig die Beschäftigungseffekte auf, die angeblich mit diesen Maßnahmen verbunden sind. In der Energiedebatte – jüngstes Beispiel war der Sonderparteitag der Hamburger SPD – rechnen die Befürworter der Kernenergie vor, wieviel Arbeitskräfte mit dem Bau und Betrieb von Kernkraftwerken, Entsorgungs- und Wiederaufbereitungsanlagen beschäftigt werden können, und die Gegner der Kernenergie wiederum warten mit einer nicht minder imposanten Zahl von Arbeitsplätzen auf, die durch die Umstellung auf Kohle oder durch Maßnahmen der Energieeinsparung geschaffen werden können. Wer gegen die Verschärfung von Umweltschutzaufgaben ist, weist auf die dadurch gefährdeten Arbeitsplätze hin; wer dafür ist, versucht seine Position mit dem Hinweis auf die Arbeitsplätze zu stützen, die zur Erfüllung der Umweltschutzaufgaben notwendig sind. Die Entwicklungspolitiker werben mit dem Argument um mehr Entwicklungshilfe, daß diese Mittel zum großen Teil als Aufträge an die heimische Wirtschaft zurückfließen und deutsche Arbeitsplätze sichern würden – und müssen dann wieder versuchen, den Vorwurf zu entkräften, daß sich die Entwicklungshilfe nicht an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer, sondern vorrangig an den eigenen Beschäftigungserfordernissen zu orientieren scheint.

Diese Liste ließe sich noch beliebig verlängern. Stets läuft die Argumentation auf die Formel hinaus: Je mehr Arbeitsplätze eine Maßnahme schafft, um so besser ist sie. Aber so einleuchtend angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eine derartige Formel zu sein scheint, erweist sie sich auf den zweiten Blick als fragwürdig: Wenn für irgendeine Maßnahme zusätzliche Arbeitskräfte notwendig sind, dann müssen zusätzliche Löhne gezahlt und – da Arbeitsplätze Kapital erfordern – auch zusätzliche Kapitalkosten aufgebracht werden. Eine Maßnahme, die viel Arbeitsplätze erfordert, verursacht also hohe Kosten.

Die Formel „Je mehr Arbeitsplätze, um so besser“ heißt daher in der Regel auch: „Je teurer eine Maßnahme, um so besser“. Niemand käme aber auf die Idee, dem Staat vorzuschlagen, er solle die Straßen oder öffentlichen Gebäude von den Bauunternehmen bauen lassen, die ihm die meisten Arbeitsstunden in Rechnung stellen. Indem die Kosten einer Maßnahme nicht in D-Mark, sondern in Arbeitsplätzen ausgedrückt werden, erhalten sie zwar einen positiven Anstrich. Sie werden als ein Aktivum hingestellt, das dem Nutzen der betreffenden Maßnahme noch hinzuzurechnen ist. Wer aber für höhere Umweltschutzstandards unter anderem auch wegen der damit verbundenen Beschäftigungseffekte plädiert, sagt im Ergebnis: Umweltschutz ist nicht nur gut, weil er für bessere Luft, sauberes Wasser und geringere Lärmbelastung sorgt, sondern auch, weil er Kosten verursacht.

Nun könnte man argumentieren, daß es in Zeiten hoher Unterbeschäftigung nicht so sehr auf die Kosten ankomme, sondern es durchaus sinnvoll sei, aufwendige Projekte zu realisieren und nicht die kostengünstigste, sondern eine teurere Alternative zu wählen, weil damit ein größerer Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet werde. Allzu leicht macht man sich aber mit dieser Argumentation zum Opfer einer nur partiellen Betrachtungsweise. Die Aktivitäten für die Energieeinsparung sind ein gutes Beispiel dafür. Ein pri-

vater Haushalt, der ein neues Eigenheim bauen will, wird angesichts der gestiegenen Energiepreise oder aufgrund staatlicher Auflagen mehr für energiekostensenkende Wärmedämmung, Heizungssysteme usw. aufwenden müssen und damit zweifellos mehr Arbeit nachfragen. Er wird aber angesichts der höheren Baukosten das Eigenheim kleiner dimensionieren, oder er wird angesichts der hohen Belastungen seines Einkommens mit Zins- und Tilgungsleistungen in Zukunft weniger kaufen können und damit weniger Arbeit nachfragen, als wenn er diese Maßnahmen nicht vorzunehmen brauchte. Die Energiesparmaßnahmen beeinflussen zwar die Struktur, weniger dagegen per saldo das Niveau von Nachfrage und Produktion.

Ähnliches gilt für die Maßnahmen des Umweltschutzes. Höhere Standards führen zwar zu vermehrter Nachfrage nach Gütern der Umweltschutzindustrien, die es den Produzenten von umweltbelastenden Produkten ermöglichen, diese Standards zu realisieren. Da sich aber umweltbelastende Produkte gleichzeitig verteuern, müssen die Konsumenten eine Verringerung ihrer Realeinkommen hinnehmen und können weniger Güter kaufen. Durch Umweltschutz werden also sowohl Arbeitsplätze geschaffen als auch „vernichtet“. Die Gegenrechnung wird in der Regel sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern erhöhter Umweltstandards unterschlagen. Niemand kann sagen, wie der Saldo letztlich aussieht.

Solche Gegenrechnungen sind aber auch aufzumachen, wenn die Aufwendungen nicht von den Privaten, sondern vom Staat finanziert werden. Wenn der Staat für ein Projekt Geld ausgibt, dann beschäftigt er direkt oder indirekt Arbeitskräfte. Dies geht jedoch zu Lasten derjenigen Arbeitskräfte, die beschäftigt worden wären, wenn der Staat das Geld für andere Zwecke ausgegeben hätte oder es den Bürgern belassen hätte. Entwicklungshilfe und auch ein kräftiger Anstieg der Entwicklungsleistungen tun sicherlich not. Sie dürfen aber nicht damit begründet werden, daß deutsche Unternehmen dadurch mit Aufträgen versorgt werden. Dies wäre auch der Fall, wenn der Staat statt dessen Rüstungsgüter kaufen, die Renten erhöhen oder die Steuern senken würde.

Was ist die Quintessenz dieser – im Grunde trivialen – Überlegungen? Wir sollten aufhören, für politische Maßnahmen mit ihren Beschäftigungseffekten, das heißt mit ihren Kosten, zu werben. Noch gibt es im privaten und im öffentlichen Bereich genügend ungedeckten Bedarf, als daß wir es uns leisten können, Arbeitskräfte zu vergeuden, d. h. unsere Beschäftigungsprobleme dadurch zu lösen, daß wir Pyramiden bauen oder Löcher graben. Wenn für eine Sache privates oder öffentliches Geld ausgegeben werden soll, dann deswegen, weil diese Sache den Vorzug gegenüber anderen Verwendungsmöglichkeiten verdient, und nicht weil sie hohe Kosten verursacht bzw. viele Arbeitskräfte erfordert. Wir könnten uns ja viel mehr Umweltschutz leisten, wenn er billiger wäre; es ist kein Zufall, daß das Lärmschutzgesetz wegen der hohen finanziellen Aufwendungen auf Eis liegt. Wer für höhere Umweltstandards ist, sollte die Anzahl von 200 000 Arbeitsplätzen, die derzeit dem Umweltschutz dienen, nicht als erfreulich hoch einstufen, sondern im Gegenteil betonen, daß bislang für die Schonung der Umwelt nicht einmal 1 % der Arbeitskräfte benötigt werden.

Dies heißt nicht, daß auf die Berechnung von Beschäftigungseffekten verzichtet werden sollte. Solche Informationen werden benötigt, wenn es darum geht, in welchen Branchen oder in welchen Regionen die Produktion durch politische Maßnahmen erhöht oder vermindert wird. Dadurch erhält man z. B. Aufschlüsse über das Ausmaß an Strukturwandel, den die Maßnahmen mit sich bringen. Dabei ist es sogar vertretbar, wenn man sich mit der Berechnung von partiellen Beschäftigungseffekten begnügt, weil eine Kalkulation der gesamten Beschäftigungswirkungen nicht möglich ist.

Gewarnt werden soll lediglich vor dem Mißbrauch dieser Zahlen, wenn es um das Pro und Contra einer Maßnahme geht. Niemand, der ausgabenwirksame Maßnahmen vorschlägt, soll sich mit dem Hinweis auf die Beschäftigungsentwicklung von dem Nachweis befreien können, daß der Nutzen der Maßnahme die damit verbundenen Kosten wert ist oder daß der Zweck der Maßnahme nicht kostengünstiger zu erreichen ist.